



Pandemiebewältigung und nachhaltige Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung

Stellungnahme des Zukunftsforums Public Health zur COVID-19-Pandemie

Gesundheit für alle ist untrennbar mit einer nachhaltigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung verbunden.

Die Corona-Krise zeigt eindrucksvoll, dass gesundheitliche Herausforderungen alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen. Daher sind sie nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen.

Der bisherige Umgang mit der Pandemie ist gekennzeichnet durch eine konstruktive und effektive Kooperation von Politik auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen mit Wissenschaft, Behörden und Verbänden, der ambulanten, stationären und pflegerischen Versorgung, angegliederter Sektoren sowie Bürger*innen.

Die Krise verdeutlicht aber auch: Risiken und Folgen der Pandemie sind sozial ungleich verteilt. Gesellschaftlich Benachteiligte haben ein höheres Risiko für chronische Erkrankungen und somit für einen schweren Verlauf einer COVID-19-Erkrankung. Zugleich sind sie ungleich schwerer von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie betroffen: Beengte Wohnverhältnisse erschweren physische Distanzierung und erhöhen die Gefahr häuslicher Gewalt; Kinder aus bildungsarmen Familien leiden besonders stark unter Schul- und Kita-Schließungen.

Zudem legt die Pandemie Probleme offen, die durch die Einsparungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und daraus resultierende mangelnden personellen Ressourcen entstanden sind. Bereits zuvor war der ÖGD trotz allem Engagement an die Grenzen seiner Belastbarkeit gestoßen. Zwischenzeitlich hat sich die Situation in den Gesundheitsämtern weiter verschärft.

Und schließlich belegt COVID-19 eindrücklich ein ökosystemisches Krankheitsgeschehen: Infektionskrankheiten entstehen aus einem Wechselspiel zwischen Erregern, infizierten Organismen und der natürlichen und sozialen Umwelt. Das Vordringen der Menschen in unberührte Habitate wird Ausbrüche von zoonotischen Erkrankungen weiter fördern. Wetterextreme erhöhen zudem das Risiko für Vertreibung, Migration und gewalttätige Konflikte – mit weitreichenderen gesellschaftlichen Folgen als bisher.

Öffentliche Gesundheit (Public Health)¹ verfolgt das Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland zu erhalten, sie kontinuierlich zu verbessern und vor neuen und alten Gefahren zu schützen.

Bessere Gesundheit für mehr Menschen ist aber nur dann zu erreichen, wenn Gesundheit als politisches Ziel kontinuierlich in allen Politikbereichen verankert ist. Das Zukunftsforum Public Health ist ein Zusammenschluss wissenschaftlicher Expert*innen und Entscheidungs- und Verantwortungsträger*innen im Bereich der Öffentlichen Gesundheit (Public Health) aus Praxis und Forschung, die gemeinsam und kontinuierlich an diesem Ziel arbeiten. Ein Meilenstein dafür ist die Erarbeitung einer Public-Health-Strategie.

Als gemeinsame Plattform von Public-Health-Forschung und -Praxis gibt das Zukunftsforum folgende Empfehlungen für die Bewältigung der mittel- und langfristigen Pandemiefolgen:

1. Der Begriff „Public Health“ hat in der deutschen Sprache verschiedene Entsprechungen wie „Öffentliche Gesundheit“ und „Bevölkerungsgesundheit“. Diese Begriffe schließen nicht zwangsläufig dasselbe Spektrum von Aufgabenfeldern und Wissensbereichen ein. „Public Health“ umfasst hingegen das komplexe Gesamtspektrum. Werden nachfolgend die beiden deutschsprachigen Begriffe verwendet, so stellt dies keine Einschränkung dar – sie stehen bewusst und explizit als Synonym für „Public Health“.

Die gesundheitlichen Auswirkungen müssen Maßstab für Entscheidungen in allen Politikbereichen werden.

In der akuten Krise ist Gesundheitsschutz allen Politikfeldern übergeordnet. Gesundheit für Alle ist jedoch mehr als Gefahrenabwehr. Sie ist untrennbar mit einer nachhaltigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung verbunden. Deshalb muss die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt dauerhaft ein zentrales Anliegen der Politik bleiben, um die Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen.

Die Überwindung von materieller und Bildungsarmut sowie bestehender Ungerechtigkeiten ist Voraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für eine bessere Gesundheit.

Hierfür braucht es ein stärkeres staatliches Engagement und eine Politik, die auf den Abbau von Armut und Ungleichheit ausgerichtet ist. Die Bekämpfung der Pandemie mit ihren sozial sehr ungleich verteilten Risiken und Folgen geht weit über das Gesundheitswesen hinaus und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist zu stärken.

Der ÖGD als wichtiger Baustein des Sozialstaats benötigt ausreichend Ressourcen, gut vernetzte wissenschaftliche und praktische Strukturen und Lehrstühle für Öffentliche Gesundheit. Das 2018 verabschiedete „Leitbild für einen modernen Öffentlichen Gesundheitsdienst“ fordert für den ÖGD genügend bestmöglich qualifiziertes Personal aus verschiedenen Disziplinen. Dies ermöglicht ihm die Erfüllung seiner Aufgaben zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit der Bevölkerung.

Wissenschaftliche Evidenz und Transparenz müssen Grundlage des politischen Handelns sein.

Die mittel- und langfristige Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen erfordert neben Virologie und Epidemiologie auch Expertise aus Public Health, Ethik, Recht, Psychologie, Soziologie, Politik-, Wirtschafts-, Erziehungswissenschaften und nicht zuletzt aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst. Hierfür sind eine stärkere finanzielle und strukturelle Förde-

rung inter- und transdisziplinärer Ansätze der theoretischen und angewandten Forschung zu Fragen öffentlicher Gesundheit in Deutschland unerlässlich.

Gesundheit und Klimaschutz gehören untrennbar zusammen.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Gesundheit ist ein produzierender und konsumierender Lebensstil der globalen Gerechtigkeit erforderlich. Voraussetzung dafür ist eine multilaterale Staatengemeinschaft, die aktiv das weltweite Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt.

Nur gemeinschaftliches Handeln in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen erlaubt die Bewältigung der komplexen Herausforderungen unter Achtung der Menschenwürde und im Sinne des Gemeinwohls.

Entscheidungen müssen grundsätzlich die direkt und indirekt betroffenen Akteur*innen und Gruppen beteiligen. Nur so lassen sich die Gesundheit der Bevölkerung schützen und fördern und gleichzeitig wirtschaftliche Schäden begrenzen.

Für die Steuerungsgruppe des Zukunftsforums Public Health: **Thomas Altgeld**, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen; **Till Bärnighausen**, Universität Heidelberg; **Katharina Böhm**, Ruhr-Universität Bochum; **Nico Dragano**, Universität Düsseldorf; **Raimund Geene**, Berlin School of Public Health; **Karin Geffert**, LMU München; **Ansgar Gerhardus**, Universität Bremen; **Wolfgang Hoffmann**, Universitätsmedizin Greifswald; **Petra Kolip**, Universität Bielefeld; **Joseph Kuhn**, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; **Julika Loss**, Universität Regensburg; **Susanne Moebus**, Universitätsklinikum Essen; **Holger Pfaff**, Universität Köln; **Peter von Philipsborn**, LMU München; **Stefan Pospiech**, Gesundheit Berlin-Brandenburg; **Oliver Razum**, Universität Bielefeld; **Peter Tinnemann**, Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen; **Ute Thyen**, Universitätsklinikum Lübeck; **Manfred Wildner**, Pettenkofer School of Public Health der LMU München; **Hajo Zeeb**, BIPS - Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie. Mitarbeit: **Jens Holst**, Hochschule Fulda

Kontakt: info@zukunftsforum-public-health.de